

# BIOGRAFISCHES LEXIKON DER KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

Lexikoneintrag von Christopher Wand am 20. November 2020  
**Budzislawski und die Politisierung der Journalistik**

Christopher Wand fragt nach der Rolle, die Hermann Budzislawski bei der Entwicklung der sozialistischen Journalistikwissenschaft spielte, und bettet die Theorieentwicklung an der Fakultät dafür in einen größeren Kontext ein.



Ein Bollwerk gegen die Politisierung des „Roten Klosters“? Der Entwurf einer „sozialistischen Journalistik“ unter Hermann Budzislawski

## Ein Beitrag von Christopher Wand

### 1 Einleitung

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern es in der Anfangsphase der sich institutionalisierenden Fakultät für Journalistik in Leipzig zur Herausbildung einer eigenen ‚sozialistischen‘ Wissenschaft der Journalistik kam und welche Rolle dabei der erste Dekan, Hermann Budzislawski, spielte. Eine zentrale Frage ist dabei, wie der sozialdemokratische Emigrant, der erfahrene Presse-Praktiker ohne akademische Erfahrung, der zurückgekehrte ‚Amerikaner‘, die wissenschaftliche Fundierung solcher Journalistik bewerkstelligte bzw. ob er sich überhaupt darum bemühte. Hier soll also die Theoriebildung an einer DDR-Universität im Mittelpunkt der Analyse stehen, die ansonsten in der Forschung zu Hochschulen in der DDR eine geringere Rolle spielt, da eher die institutionelle und politische Seite der Problematik behandelt wird.

Für die Auseinandersetzung mit dem Konzept einer „sozialistischen Journalistik“ waren ganz wesentliche Ansatzpunkte die Analysen von Verena Blaum aus den 1980er Jahren sowie die Aufsätze von Hans Poerschke, die er nach der ‚Wende‘ zur Journalistik in der DDR beitrug. Beide allerdings sind geprägt wie begrenzt von ihrem jeweiligen Ansatzpunkt und Standort: hier die recht allgemein gehaltene, teils Differenzen nivellierende (Fern-)Analyse aus dem ‚Westen‘, dort der ins Detail gehende Rückblick eines ehemals Involvierten auf die Theorie-

Debatten unter Berücksichtigung der beteiligten Akteure. Solche Außen- und Innensicht soll hier versucht werden zu kombinieren, um ein möglichst umfassendes Bild zu erhalten. Als Quellen wurden vor allem Texte Budzislawskis sowie die Lehrmaterialien der Leipziger DDR-Journalistik verwendet, die sich mit grundlegenden theoretischen Fragen beschäftigen. Die Thesen der Arbeit lauten:

- 1. Das Wirken Budzislawskis war ein Grund dafür, dass die in der marxistisch-leninistischen Ideologie angelegte Logik des Politischen sich in der Theoriebildung bis in die 1960er Jahre nicht durchsetzen konnte.
- 2. Ende der 1960er-Jahre verschwindet der Ansatz von Budzislawski, der dem Journalismus eine eigene Rolle in der Widerspiegelung der Wirklichkeit zuschrieb, folgenlos im Archiv, während die Dogmatiker theoretisch Einfluss gewinnen.

Um Theorieentwicklung, die nicht lückenlos überliefert ist, nicht nur nachzuzeichnen, sondern auch analysieren zu können, stellt die Studie eine Diskussion der ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus (ML) voran, wobei vor allem deren Verhältnis zu den Gesellschaftswissenschaften im Fokus steht. Nach der Darstellung der Entwicklung der DDR-Journalistik unter Budzislawski wird zu den Theorie-Debatten übergeleitet, wobei insbesondere nach dem Einfluss des ML gefragt wird. Abschließend stelle ich der Theorieentwicklung Budzislawskis eine Darstellung der Tendenzen gegenüber, die sich in der Theorie mit dem sinkenden Einfluss Budzislawskis bzw. nach seiner Emeritierung abzeichnen. Vor ihnen als Folie treten Eigenheiten und Verdienste von Budzislawskis Ansatz deutlicher hervor.

## 2 Der Marxismus-Leninismus in der DDR-Wissenschaft

Ein kurzer, allgemeiner Überblick über das Denkgebäude des ML soll zunächst das Verständnis der Rolle der Gesellschaftswissenschaften in der DDR erleichtern. Dies wird die Grundlage bilden für die weiteren, spezielleren Betrachtungen zur Journalistik. Das Philosophische Wörterbuch (1965) bezeichnet den ML als „das einheitliche, in sich geschlossene System der wissenschaftlichen Theorien von Marx, Engels und Lenin, die Weltanschauung der Arbeiterklasse, des Kommunismus.“ Der Marxismus-Leninismus gliedere „sich in den dialektischen und historischen Materialismus – die Philosophie des Marxismus-Leninismus –, die politische Ökonomie sowie den wissenschaftlichen Sozialismus“ (Buhr/Klaus 1965: 319). Der ML sei, so heißt es weiter, die „theoretische Grundlage der praktischen Tätigkeit“ der Partei sowie „Anleitung zum Handeln“, eine „wissenschaftliche Theorie, die die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung enthüllte“ (ebd.). Einheit und ‚Wahrheit‘ der Lehre leiten sich aus der Politik ab, am historischen Beispiels Lenins: Er habe den ‚Marxismus‘ theoretisch auf eine neue Stufe gehoben und der Erfolg in der Praxis, die russische Revolution, gebe ihm Recht.

Wie in der Definition angedeutet, gibt der ML als „Anleitung“ das Rüstzeug zur Planung und Lenkung einer politischen Ökonomie, die – gereinigt von bürgerlichen Überbau-Interessen – den ‚sozialistischen Aufbau‘ ermöglichen soll. Dieses bewusste Lenken, im Gegensatz zu den ‚bewusstlosen‘ Vorgängen durch Marktprozesse in den kapitalistischen Staaten, meint man durch die Partei und die Arbeiterklasse zu bewerkstelligen. Allerdings handelt die Partei nach Lenins Avantgarde-Ansatz immer im Sinne der Arbeiterklasse, denn nur die Partei sei durch ihre Kenntnis des ML in der Lage, das ‚wahre‘, ‚objektive‘ Interesse der Arbeiterklasse umzusetzen – auch gegen die Meinungen und Wünsche einzelner Individuen. So ergibt sich ein Zirkel: Der ML ist Grundlage des politischen Handelns der Partei, wie er zum anderen seine inhaltliche Bestimmung von der Partei selbst erhält (vgl. Blaum 1980: 18, 151). Denn so bezieht man sich zwar auf seine historischen Vorbilder, wie oben angegeben, doch geben diese – vor allem Marx und Engels – bezüglich konkreter Fragen der politischen Herrschaftsausübung keine Antworten. Diese Tatsache findet ihre Rechtfertigung darin, dass man es mit neuen historischen Bedingungen zu tun habe: Die „Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, Sozialismus und Kapitalismus“ sei angebrochen (Buhr/Klaus 1965: 322). So entstand der ML folgerichtig als Lehrgebäude erst nach dem Tod Lenins, etablierte sich schnell in der SBZ und wurde nach dem Tod Stalins zwar offiziell ‚entstalinisiert‘, aber nicht grundsätzlich geändert.



Hermann Budzislawski (Quelle: Privatarchiv von Karl-Heinz Röhr)

Während die anderen beiden Bestandteile des ML die Ökonomie und Revolution abdecken sollten, zielte der dialektische und historische Materialismus auf „die allgemeinsten Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des menschlichen Denkens“ (ebd.). Für die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten, die letztlich auf eine teleologische Annahme hinauslaufen, die die Gesellschaft als historisch determiniert und den Menschen als Exekutor des ewigen Naturgesetzes betrachtet, bedurfte es also des philosophischen Teils des ML, der auch hier mit Blick auf die Gesellschaftswissenschaften im Vordergrund steht. Die philosophischen Ausführungen sind nicht nur ein Bestandteil des ML, sondern die allgemeine theoretische Grundlage für alle Wissenschaften: der dialektische Materialismus als Erkenntnis- und der historische Materialismus als Gesellschaftstheorie (Blaum 1980: 18). Recht bald aber setzte sich die Auffassung durch, dass letzterer nur eine ‚Anwendung‘ des Dialektischen auf die Geschichte sei: „Im Rahmen dieses Interpretationsprozesses gewann der dialektische Materialismus eine hervorragende Stellung als Fundamentalontologie und Fundamentalepistemologie“ (Weymann 1972: 7) (1).

Den erkenntnistheoretischen Kern des dialektischen Materialismus, der somit zugleich Theorie und Methode ist, bildet die Widerspiegelungs- bzw. Abbildtheorie. Materie wird dort

als unabhängig existierendes Außen vorgestellt, woraus sich Bewusstsein, Empfinden usw. nur ableiten: „Die Erkenntnis erreicht das Wesen der Sache selbst, indem sie die Materie richtig abbildet. Wissen ist unmittelbares Produkt der Materie, nicht aber symbolischer Repräsentant der objektiven Realität“ (ebd.: 19). So ist die Widerspiegelung philosophisches Prinzip und Kausaltheorie der Wahrnehmung zugleich.

In dieser mechanistischen Gegenüberstellung von Bewusstsein und Sein zeigt sich der auch im Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus angedeutete und für den ML typische Dualismus, dessen Schematismus man mit Bezeichnungen wie ‚Kampf der Gegensätze‘ schmückte und unter ‚Dialektik‘ verbuchte. So sieht bereits Lenin nur noch die Alternativen „bürgerliche oder sozialistische Ideologie“: „Ein Mittelding gibt es hier nicht [...] Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie“ (Blaum 1980: 124). Solch ‚falsches Bewusstsein‘ ist schließlich nur denkbar als Manipulation: Wer das Richtige, obwohl ja ‚an sich‘ ‚objektiv‘ vorhanden, nicht einsehen will, wurde entweder verführt oder ist schlicht böswillig – ‚spiegelt‘ also, ob ungewollt oder gewollt, ‚nicht richtig wieder‘. Ein Problem stellt hier also die nicht mit den ‚objektiven Gesetzen‘ übereinstimmende Subjektivität dar. Dies deutet darauf, wie das Vorgehen gegen ‚Abweichler‘ theoretisch legitimiert wurde. Das Prinzip der ‚Parteilichkeit‘ liegt also bereits in der erkenntnistheoretischen Grundlage des ML – und somit auch im methodologischen Fundament wissenschaftlicher Arbeit.

Die grundlegenden Kategorien des ML beanspruchten eine totale Geltung für die Erkenntnis und Interpretation der Grundstruktur der Wirklichkeit – die Einzelwissenschaften mussten so von ihren Grundbegriffen her darin voll integrierbar sein (vgl. Weymann 1972: 8). Das galt natürlich besonders für die Gesellschaftswissenschaften. Das Philosophische Wörterbuch (1976) definiert diese als „die Gesamtheit der Wissenschaften von den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen, von den Gesetzmäßigkeiten und Triebkräften ihrer geschichtlichen Entwicklung“, und grenzt sie vom Begriff ‚Geisteswissenschaften‘ ab, „da er auf der idealistischen Vorstellung beruht, dass die Wissenschaften von der Gesellschaft im Gegensatz zu den Naturwissenschaften nicht materiell determinierte Erscheinungen und Gesetze, sondern geistige Gegebenheiten zum Gegenstand haben“ (Buhr/Klaus 1976: 487).

Die Gesellschaftswissenschaften sollten diese Gesetze veranschaulichen. Auffinden konnten sie sie aber nicht über einen eigenständig organisierten Wissenschaftsprozess, sondern über die Anleitung der Partei, die schon früh Einfluss auf das Studium nehmen wollte. Von SED-Seite sah man bereits 1946 die Chance, „die wissenschaftliche Forschung in die gewollte Richtung zu lenken“ (Fischer 1990: 52); ein Jahr später sollte die Institutionalisierung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten die alte Universität zugunsten der ‚fortschrittlichen‘ Wissenschaft überwinden. Grundlagen des ML waren bald für alle entsprechenden Fächer verpflichtend (vgl. Pasternack 2016: 18f.) (2).

Die Vermittlung von dessen abstrakten Grundlagen zur jeweiligen Einzeldisziplin aber war keineswegs einleuchtend. Im Grunde wurde damit ein „theoretisches Vakuum“ gebildet, „was weitgehend voluntaristisch durch ad-hoc-Entscheidungen der Parteiführung ausgefüllt wurde“ (Laitko 2002: 135) und von den Wissenschaftlern für den praktischen Gebrauch operationalisiert werden sollte. Denn „es werden in der Abbildtheorie keine Feststellungen über die Wirklichkeit getroffen, sondern es wird eine sprachliche Handlung vollzogen, die neue Wirklichkeit schafft“ (Weymann 1972: 120) – nämlich die der Partei. Wo sie von Sachzwängen bei der Herrschaftsausübung bestimmt wurde, konnte sie diese mit dem ML als

wissenschaftlich legitimiert ausgeben und sich auf die ‚ewigen Gesetze‘ im neuen Gewand beziehen. Durch ein solches an die Bindung politischer Herrschaft gekoppeltes „Erkenntnisprivileg“ (Blaum 1980: 154) wird der für wissenschaftliches Arbeiten notwendige Begriff von Wahrheit zugunsten eines Primats der politischen Nützlichkeit nivelliert (vgl. ebd.: 152ff.).

Weymann (1972: 122) stellt daher die „Unmöglichkeit“ fest, „auf der mechanistischen Abbildtheorie eine marxistisch-leninistische Methodologie der Gesellschaftswissenschaften aufzubauen“. Das dafür nötige hypothetische Moment war zudem nicht gewünscht, da empirische Forschung als potenzielle Gefahr betrachtet und unterbunden wurde (3). Erst Anfang der 1960er-Jahre öffneten sich die Gesellschaftswissenschaften unter Einbeziehung der Soziologie dafür, wobei der ML seine Geltung als quasi ‚überempirische‘ Wahrheit bewahren sollte: „Ein Großteil der wissenschaftlichen Energien war deshalb darauf zu verwenden, die vorgegebene Theorie mit der Empirie so zu synchronisieren, dass die Theorie keinen Schaden nahm“ (Pasternack 2016: 14f.). Die Zuwendung zur Empirie barg aber auch das Potenzial, die Ergebnisse mit entsprechender Wertung für effektivere Politikgestaltung zu nutzen bzw. eigene Legitimitätsprobleme zu lösen (vgl. Laitko 2002: 130f.; Weymann 1972: 122).

In den 1960er-Jahren wurde so der funktionelle Aspekt der Forschung immer relevanter. Kriterium für eine ‚gute‘ Wissenschaft waren weniger Ableitungen aus den Gesetzen als „Brauchbarkeit im Produktionsprozess“ und Erfolg im „Management der Lebensbedingungen“ (ebd.). Dieser Fokus auf der Effektivität steht im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen in diesen Jahren: die technische Modernisierung und das Investitions- und Innovationsprogramm des ‚Neuen Ökonomischen Systems‘. Dazu sollten auch die Wissenschaften ihren Beitrag leisten – allerdings unter einer Parole, die auf eine „innermarxistische Positionsverschiebung“ (Pasternack 2016: 20) deutet: ‚Produktivkraft Wissenschaft‘. Statt also als Widerspiegelungsprozess eine Form des gesellschaftlichen Bewusstseins, des Überbaus, zu sein, wurde die Wissenschaft – so auch die Gesellschaftswissenschaften – zu einer Form des gesellschaftlichen Seins erklärt. Symptom dieses Produktivitäts- und Technisierungskurses war der Aufschwung der Kybernetik, dessen Steuerungssysteme als eine Art naturwissenschaftliche Bestätigung des dialektischen Materialismus angesehen wurden (vgl. Weymann 1972: 21). Auch damit solch technokratisches Verständnis in der wissenschaftlichen Praxis fruchtet, wurde die dritte Hochschulreform umgesetzt, mit der die DDR Kaderentwicklungsprogramme in der Wissenschaft vorantrieb, die Abschaffung der Institute und die Bildung der Sektionen verfügte und unmittelbarere Weisungsstrukturen etablierte (vgl. Pasternack 2016: 21).

Insgesamt zeigt sich, dass Veränderungen methodologischer und theoretischer Art im Zusammenhang standen mit einem Wandel der gesellschaftlichen Rolle der Gesellschaftswissenschaften. Das veranschaulicht die ‚Flexibilität‘ des ML, der so dogmatisch wie unorthodox war. Seine ‚Starrheit‘ bezog sich also nicht auf den Inhalt, sondern auf die Form: Wenn auch die ständige ‚Weiterentwicklung‘ entsprechend der politischen Anforderungen wechselnde Postulate zur Folge hatte, so behielt die Wissenschaft stets ihren Status als „Lieferantin gesicherter Kenntnisse“ (Laitko 2002: 113), deren Geltung man zum jeweiligen Zeitpunkt zu akzeptieren hatte. Die theoretischen Grundlagen machen deutlich: Bereits im Kern des ML wird ein ontologischer und epistemologischer Grundzug der Wirklichkeit behauptet, der zur Folge hat, dass diese nicht überprüft, sondern schlicht reproduziert werden kann – trotz empirischer Forschung. Wo die hypothetische

Proklamierung eines Gesellschaftsbildes durch den Kontrast zu Forschungsergebnissen Erkenntnisprozesse auslösen und Änderungen möglich machen könnte, steht das Bild hier ideologisch still und wird gegen Kritik immunisiert.

Diese Immunisierung lief allerdings nicht reibungslos ab, da Gesellschaftswissenschaften immer auch handlungsrelevantes Wissen erzeugen sollten: Der grundlegende Widerspruch der sozialistischen Forschung lag darin, dass sie ein Wunschbild zu bestätigen hatte und gleichzeitig einen Beitrag zur Optimierung leisten musste (vgl. ebd.: 37). Daraus resultierten notwendig Konflikte, die in der Analyse der Wissenschaft in der DDR Differenzierungen verlangen. Wenn sich die Wissenschaften also theoretisch als reine Stütze des auf der Ideologie beruhenden Herrschaftssystems betätigten, so zeigte sich doch praktisch, dass die Forschung dem oft nicht voll entsprach (vgl. Weymann 1972: 120ff.). So war die Steuerung durch die Politik evident, aber alleine „aus funktionalen Gründen“ mussten auch „Teilautonomien“ zugestanden werden (Pasternack 2016: 25).

### 3 Hermann Budzislawskis Rolle in der DDR-Journalistik

Wieweit diese Teilautonomien sich im Einzelfall in der Theoriebildung niederschlugen, hing von den Einzelwissenschaften ab und dort sowohl von den strukturellen und personellen Bedingungen also auch dem jeweiligen Zeitraum der (politischen) DDR-Geschichte. Um eine Analyse der Journalistik für seine Anfangsjahre zu leisten, um die Fragen nach einer politischen Indienstnahme der Theorie oder nach einem tatsächlichen wissenschaftlichen Potenzial beantworten zu können, muss zuvor die Entwicklung der Institution selbst wie ihres Personals beschrieben werden.

Bereits 1946 kam es in Leipzig zur Einrichtung eines Instituts für Publizistik an der neuen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 1948 gründete sich ein ähnlich ausgerichtetes Institut an der 1947 gegründeten Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. Die Universität Leipzig legte 1949 die beiden Fakultäten und damit auch die Institute für Publizistik zusammen. Hermann Budzislawski bekam den Posten als Direktor (4). Ihm trug die Partei schon bald nach seiner Rückkehr aus den USA auf, sich als „politischer Professor“ zu betrachten und „seine Kräfte zwischen der Universität und unmittelbaren politischen Aufgaben“ aufzuteilen (5). Dies scheint ihm zunächst nicht recht gelungen zu sein. Schon 1949 wurde Kritik an Budzislawski bezüglich seiner politischen und wirtschaftlichen Einstellungen laut, wie zudem Qualität und Quantität der Absolventen bemängelt wurden. Ein Jahr



Journalistikstudenten in der Rübenenernte, Anfang der 1950er (Quelle: Privataarchiv Michael Meyen)

später kritisierte man die Lehre als ‚unmarxistisch‘ (vgl. Meyen 2017). Als es im selben Jahr zu einer erneuten strukturellen Veränderung kam, in deren Zuge das Institut nach Auflösung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an die Philosophische Fakultät angliederte wurde, stand Budzislawski auf dem Abstellgleis. Er durfte seinen Titel behalten und weiter im Radio sprechen, aber das Studium fand ohne ihn statt (vgl. ebd.) (6). Damit wurde Wilhelm Eildermann beauftragt. Kommissarisch stand dem Anfang 1951 eröffneten Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft Heinrich Bruhn vor, Eildermann wurde Direktor. Im Prinzip mochten sich alle ‚Professoren‘ (7) offenbar nicht besonders, aber der Graben zwischen Eildermann und Budzislawski blieb nach diesen Vorgängen besonders groß (vgl. Meyen 2017).

Der erste Schritt zur Rehabilitierung Budzislawskis war die Aufhebung seiner Zwangsbeurlaubung Ende 1951, und sie fand ihren Abschluss mit der Umwandlung des Instituts in die Fakultät für Journalistik im Jahr 1954, deren Dekan Budzislawski wurde (8).

Einzigste Konstante in den 1950er-Jahren war der stete Wandel in der Lehre, der sich in immer neuen Studienordnungen zeigte. Um zu junge und unerfahrene Studienanfänger zu verhindern, gab es 1955 zudem eine Reform per Beschluss des ZK-Sekretariats, die Praxiserfahrung als Voraussetzung für das Studium verlangte. Abseits solcher strukturellen Veränderungen aber wurde ‚von oben‘ nur punktuell Druck ausgeübt. Die Fakultät unterstand der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der SED und dem DDR-Hochschulministerium, aber es gab nicht den Druck, den politischen Vorgaben so strikt zu folgen, wie es vor allem Wilhelm Eildermann gerne gesehen hätte (9). Beim ZK war man zudem immer zufriedener mit der Lehre bzw. mit deren Ergebnissen, denn die Gewichtung der vier Säulen des Studiums – ML, Pressegeschichte, deutsche Sprache und Literatur sowie



Studentenidylle im „roten Kloster“, Anfang der 1950er  
(Quelle: Privatarchiv Michael Meyen)

Praxis – verschob sich zunehmend in Richtung Praxis, was die Mängel der Anfangszeit behob (vgl. Meyen 2017). Für diese Mängel war wohl weniger Budzislawskis Einstellung verantwortlich, der ein sehr praxisnahes Verständnis sicher in den USA kennengelernt hatte, sondern eher der Mangel an Personal und Qualifikation (vgl. Röhr 2015). Ein richtiges ‚Übungssystem‘ wurde allerdings erst nach der Budzislawski-‚Ära‘ eingeführt. Budzislawski wurde 1962 als Dekan von Wolfgang Rödel abgelöst, blieb aber noch bis 1965 Leiter des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit an der Fakultät. Sein Nachfolger Emil Dusiska ließ nach seiner Berufung schnell ein neues Curriculum entwickeln (vgl. Meyen 2017).

Auffallend ist, wie schroff der Abschied für Budzislawski verlief. Dusiska lud ihn nicht einmal zur Sektionsgründung ein. Doch sein abruptes Ausscheiden war nur der Schlusspunkt in einer Reihe von Konflikten, denen sich Budzislawski ausgesetzt sah: mit politisch linientreuen Kollegen wie Eildermann und später Basil Spiru oder mit politischen Funktionären wie im Zuge des Eklats um das Studentenkabarett ‚Rat der Spötter‘ (vgl. Knipping 2017). Bereits im Jahr seiner Absetzung als Dekan zog Budzislawski nach Berlin, da er die ‚Leipziger Luft‘ nicht mehr vertrug; seine wissenschaftlichen Kontakte nach Leipzig froren nach seiner Emeritierung recht schnell ein (vgl. ebd., Schmidt 2017). Trotz des schnellen und scheinbar spurlosen Verschwindens schwärmen viele ehemalige Schüler und Wegbegleiter geradezu von ihm – allerdings rühmen sie ihn als Redner, als Journalist, als Mensch und eher weniger als Akademiker (vgl. Röhr 2015, Preisigke 2015, Michaelis 2015, Zassursky 2016). Tenor: Er fiel vor allem durch journalistische und politische Aktivität auf, hielt Vorträge und Ansprachen, statt sich der theoretischen Arbeit zu widmen (vgl. Meyen 2017, Röhr 2015, Röhr/Walther 1966: 9, 20). Die Lehr- und Forschungstätigkeit unter ihm blieb abseits historischer Studien vorrangig auf das Einüben fachlicher Kenntnisse und Fertigkeiten ausgerichtet (vgl. Schemmert/Siemens 2013). Dies hatte auch ganz pragmatische Gründe: „Es gab keine Publikationen oder fertige Theorien über Marxismus und Journalismus oder zur Parteipresse“ (Röhr 2015). Meyen und Wiedemann bestätigen dies insofern, dass sie erst der dritten Dozenten-Generation der Fakultät, den „Eigengewachsen“, attestieren, eine „DDR-Journalistik“ erfunden zu haben (Meyen/Wiedemann 2016: 225). Laut Röhr (2015) war es namentlich Hans Poerschke, der in den 1970er- und vor allem 1980er-Jahren für eine „philosophische Fundierung des Journalismus“ sorgte. Fasst man zusammen, erhält man das Bild eines von seinen Schülern geehrten Lehrers, der durch Erfahrungen und Können unter den widrigen Umständen der Institutsgründung Grundzüge einer Lehre etablierte, die sich der Vermittlung von Bildung und Fertigkeiten widmete.

#### 4 Die Diskussion um eine sozialistische Journalistik in den 1950er- und 1960er-Jahren

In der Literatur finden sich dagegen auch ganz andere Stimmen: Das Institut „sollte explizit der Ausbildung von Diplom-Journalisten auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen

Pressetheorie dienen“, eine „Journalistenausbildung im Sinne der herrschenden Lehre des Marxismus-Leninismus“ betreiben (Jedraszcyk 2016: 206, vgl. Pürer 2017); gerade Budzislawski sei bemüht gewesen, auf der Basis der Lehre des ML „zuverlässige Kader“ zu formen und mit seinem Lehrbuch Sozialistische Journalistik (1966) eben diese als „marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft“ zu begründen (Pürer 2017, Blaum 2002: 84). Tatsächlich machten im verschulten Studium bereits 1954 vier der 30 Stunden ML aus, doch bleibt die Frage, wie weit der ML auf das Studium bzw. die Journalistik als solche einwirkte. Die Antwort scheint auch hier auf den ersten Blick einfach zu sein: Die Theorie wurde einfach aus der Sowjetunion übernommen, die – so wird teils auch in der Literatur behauptet (vgl. Jedraszcyk 2017) – sowieso das Vorbild der Fakultät war. Dieser allzu einfachen Erklärung und Charakterisierung steht aber allein schon die Tatsache entgegen, dass eine vergleichbare sowjetische Institution, die als Vorbild hätte dienen können, nicht existierte, und die sowjetische Forschung schon gar nicht Konzepte oder Theorie hätte liefern können (10). Es bleibt so die Frage, wie so etwas wie eine ‚sozialistische Journalistik‘ ihren Anfang nahm – und was Budzislawski damit zu tun hatte.

Wie für die Gesellschaftswissenschaften insgesamt festgestellt, war das wissenschaftliche Feld zwar politisch beeinflusst, konnte aber durch seine Eigenlogik die Logik der Politik ein Stück weit brechen. Der entsprechende Kampf wurde in den Fächern selbst ausgetragen. Die Journalistik war insbesondere in diesem befangen, wurde doch ihr Gegenstand, der Journalismus, als Führungsinstrument der SED definiert – ein Anspruch, der die Profilierung der Wissenschaft stark beeinflusste (vgl. Schmidt 2017). Wie sich in den Gesellschaftswissenschaften oft zwei „Linien“ herausbildeten, die entweder für mehr oder weniger politische Flexibilität einstanden (vgl. Pasternack 2016: 37f.), so auch bei der Journalistik, wie Poerschke (2010) es herausarbeitet. Dieser Konflikt der beiden Linien sollte die theoretische Debatte um eine ‚sozialistische Journalistik‘ in den 1950er- und 1960er-Jahren stark prägen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Konfliktlinie systemimmanent verläuft. So war man sich auch in Leipzig einig, dass eine Partei benötigt wird und die Forschung eine bessere Leitung der Gesellschaft durch diese Partei ermöglichen soll. Zudem bekannten alle Gesellschaftswissenschaften nach Selbstzeugnissen ihren instrumentellen Charakter (vgl. Wolf 1990: 182) – das Entscheidende für eine wirkliche Analyse ist also nicht die Feststellung der Parteibindung, sondern die theoretische Begründung dafür sowie die Frage, wieweit dies eventuell ‚Räume‘ für Abweichungen oder zumindest Diskussionen eröffnete. Klar ist zudem, dass Widerspruch in dieser Hinsicht nur ‚gebremst‘ vorgetragen werden konnte, sich gewisse Abweichung also nur in Nuancen zeigten (11).

Das gilt bereits für den Anfangspunkt der Theorie-Debatten, als 1952 eine erste öffentliche Verständigung des Instituts über eine theoretische Konzeption stattfand (12). Stellvertretend für die parteitreue Linie verkündete Eildermann in seinem Referat, die Presse sei ‚ihrem Wesen nach‘ politisch und alles andere sei untergeordnet, während Budzislawski dagegen hielt, sie sei ‚im wesentlichen‘ eine politische Institution und die Unterschiede zu anderen solcher Art seien hervorzuheben (vgl. Poerschke 2010: 163). Aus dieser Verortung des Journalismus zog Budzislawski die zentrale und umstrittene Schlussfolgerung, dass der Journalismus eine ‚Institution eigener Art‘ sei, was wiederum überhaupt erst Wissenschaft nötig mache, um diese zu untersuchen (vgl. ebd.: 164).

Gerade die Journalistik musste früh legitimieren, warum es eine Wissenschaft des Journalismus überhaupt benötigte und nicht einfach Parteischulen für angehende Journalisten ausreichen sollten. Die Rechtfertigung des disziplinären Status verlief dabei wie bei allen anderen Gesellschaftswissenschaften über die Orientierung am ML (vgl. Rösen/Vasicek 1990: 311), aber eben in einer spezifischen Nuancierung. „Der dialektische Materialismus war der Ausgangspunkt, von dem her sich die Methodologie marxistisch-leninistischer Gesellschaftswissenschaften entwickelte. Er steckte [...] den Rahmen ab, innerhalb der sich die Gesellschaftswissenschaften zu bewegen haben. Die Abbildtheorie war [...] in methodologischer Hinsicht [...] entscheidend“ (Weymann 1972: 120). Dementsprechend hielt Dietrich Schmidt, der in Leipzig eine journalistische Genretheorie entwickelte, 1954 fest, dass der Journalismus eine „Form des gesellschaftlichen Bewußtseins“, eine „spezifische Art der Widerspiegelung der objektiven Realität“ (vgl. Poerschke 2010: 164). Diese Spezifität war aber die entscheidende Nuance. Schmidt schrieb weiter, es sei die Hauptaufgabe der „marxistischen Journalistik“, die ‚Gesetzmäßigkeiten‘ des Journalismus aufzuzeigen: die allgemeinen entsprechend der ‚Natur‘ der Presse, wie die besonderen, klassenspezifischen (vgl. Poerschke 2001: 135).



Hedwig Voegt, Hermann Budzislowski, Heinrich Bruhn  
(von links, Quelle: Privatarchiv Michael Meyen)

Hieran entzündete sich nun die Frage, ob dieser Widerspiegelungscharakter auf eine gewisse Eigenständigkeit des Journalismus verwies oder er seiner Funktion als politische Institution untergeordnet blieb. Diese Frage barg insofern ‚Sprengstoff‘, als dass jeder Versuch, einen Gegenstand auf klassenunabhängige Gesetzmäßigkeiten (etwa: eine spezielle Art der Widerspiegelung) hin zu untersuchen, als Angriff auf die Unterordnung der Presse unter Politik gedeutet wurde bzw. werden konnte (vgl. ebd.: 168) (13).

Dass solche Ansätze tatsächlich als Angriff gewertet werden konnten, bewies Budzislowski mit seinen Thesen, die er 1957 dem wissenschaftlichen Rat der Fakultät vorlegte (14). Wohl bestärkt durch die politischen Ereignisse (XX. Parteitag der KPdSU, Ungarn-Aufstand), setzte er zur Kritik bisheriger Auffassungen und neuerer Tendenzen an, die die politische Funktion nicht mehr gegen die Widerspiegelung ausspielen, sondern diese aus jener herleiten – und

sie ihr damit freilich unterordnen wollten. Diesen ahistorischen Ansätzen setzte er entgegen, dass sich solche Fragen um Widerspiegelung und Gesetzmäßigkeiten „nicht aus Lehrsätzen, sondern aus der Pressegeschichte“ beantworten ließen (Walther 1964b: 106). Die Presse sei eine „Mischform“ des gesellschaftlichen Bewusstseins, zeichne die Realität während ihres Vorgangs nach und spiele dabei auch selbst aktiv eine Rolle (vgl. ebd.: 107ff.). Und wenn man die Presse nicht so ansehe, dann bedürfe es keiner Wissenschaft, dann wäre sie nur technisches Mittel, „ein Werkzeug, das keine eigene Gesetzesmäßigkeit aufweist, sondern sich direkt jeder politischen Anweisung anpasst“ (ebd.: 107). Damit traf Budzislawski den Nagel auf den Kopf. Im Sinne des ML ist der Erkenntnisprozess beim Lesen einer Zeitung derselbe wie beim Rechnen oder dem Betrachten eines Bildes. Die in der Ideologie angelegte Politisierung des Journalismus nivelliert gerade solche Eigenheiten, für die Budzislawski hier eintrat, und aus dieser Perspektive besteht die Besonderheit der jeweiligen Art der ‚Widerspiegelung‘ nur darin, wie gut sie funktioniert – also in ihrer Eignung als ‚Werkzeug‘ zur Bewusstseinsbildung.

Die Kritik Budzislawskis war somit recht deutlich und der Konflikt schwoll weiter an, bis er schließlich mit dem Eklat um den ‚Rat der Spötter‘ 1961 seinen Höhepunkt erreichte. Das studentische Kabarett hatte allzu deutliche Kritik am wirklich existierenden Sozialismus geübt, und weil es hauptsächlich aus Journalistik-Studenten bestand, betrieb die Universitätsleitung (15) an der Fakultät Ursachenforschung – und fand am Institut für Theorie und Praxis des Pressewesens Positionen, „die völlig identisch mit den Angriffen der Feinde gegen unsere Presse sind“ (16). Ausschlaggebend seien „bestimmte Bedenken von Genossen gegenüber unserer Politik“ sowie die Frage um die Einschätzung der Presse: „Ist sie vorrangig ein Instrument der Widerspiegelung der Realität usw. oder ist sie ein Kampfinstrument der Partei und ist die Widerspiegelung dem untergeordnet als ein Mittel zur Erfüllung dieser ihrer Funktion?“ (Poerschke 2010: 177). Eine theoretische Diskussion zeigte hier also ihre politische Dimension, und indem man die Frage solchermaßen zuspitzte, zielte man auf Budzislawski und auch Schmidt. Die Parteileitung der Fakultät übernahm diese Position und wollte als Beispiel für solch ‚revisionistische‘ Ansichten zunächst auch die Thesen Budzislawskis anprangern – der Hinweis wurde aber vor der Veröffentlichung noch gestrichen (vgl. ebd.: 178) (17). Dennoch: Die Anschuldigungen waren im Raum, und ein konstruktives Miteinander an der Fakultät wurde zunehmend erschwert. „Alles in allem war das Ergebnis dieser Auseinandersetzung freilich eine Einschüchterung, die sich in der weiteren wissenschaftlichen Arbeit auswirken sollte“ (ebd.) (18). Als Resultat der Auseinandersetzung hält Poerschke fest, dass das Konzept der Widerspiegelung, Kern der theoretischen Idee Budzislawskis, nun deutlich an Boden verlor.

Die Positionierung des Journalismus als aktiver Akteur unterhöhle das mechanistische Abbildverständnis des ML genauso wie die deklarierte Eigengesetzlichkeit die ontologische Setzung einer klassenmäßig strukturierten Wirklichkeit. Insgesamt stellte Budzislawskis Ansatz einen Versuch dar, die vor allem aus historischer Analyse gewonnenen Erkenntnisse mit dem ML zu synthetisieren. Da das schon deshalb Konfliktstoff barg, weil es das aktuell politisch gerade Nützliche nicht unbedingt stützen musste, konnte man hier eine potenzielle Gefahr für die Partei bzw. deren ‚Erkenntnisprivileg‘ sehen. So wird nochmals deutlich, warum jede Wissenschaft zumindest verdächtig sein musste und warum der ‚wissenschaftliche Flügel‘ um Budzislawski in der Diskussion letztlich von Beginn an keine Chance hatte. Zu der Aussonderung trug dabei nicht zuletzt der Wandel im Personal bei. Parteidogmatiker gewannen auf institutioneller Ebene an Einfluss (vgl. Schemmert/Siemens 2013). 1962, im Jahr der Ablösung Budzislawskis als Dekan, wurde festgelegt, dass jeder der an der Fakultät

beschäftigten Wissenschaftler den Parteigruppen zu unterstehen hatte (vgl. ebd.) (19). Die Tragweite dieser Entscheidung zeigte sich im weiteren Wandel der Disziplin.

#### 5 Höhepunkt oder Ende eines Konzepts? Das Handbuch „Sozialistische Journalistik“ 1966

Doch auch wenn der Ansatz um Budzislawski Anfang der 1960er-Jahre bereits seine ‚Niederlage‘ erfuhr, so sollte der Höhepunkt seiner theoretischen Arbeit erst noch folgen: 1966 erschien die ‚wissenschaftliche Einführung‘ Sozialistische Journalistik. Das Buch beruhte auf einer Vorlesungsreihe Budzislawskis und seiner im Vorwort namentlich erwähnten Assistenten; einige Abschnitte lassen sich auch in Artikeln und Vorträgen Budzislawskis wiederfinden. Er bearbeitete den von seinen Mitarbeitern zusammengestellten Text, strukturierte um, fügte hinzu – und: „Am Ende stand ein Budzislawski“ (Röhr 2015). Es ist nicht nur „die erste in deutscher Sprache erschienene Einführung in die sozialistische Journalistik“ und somit nach Budzislawski selbst ein „Wagnis“ (Budzislawski 1966: 9), sondern auch das erste – und einzige – Buch aus der Fakultät, das in einem regulären Verlag veröffentlicht wurde (vgl. Blaum 2002: 83). Gerade diese hervorgehobene Position wirft die Frage auf, ob Budzislawskis Position nicht doch sehr viel mehr bleibende Bedeutung zukam, als es die Institutsgeschichte nahelegt.

Der Band bleibt Budzislawski bisherigen Beiträgen zumindest insofern treu, als dass er sich betont undogmatisch gab. Mit dem Buch wurde „versucht, marxistisch-leninistische Grundlehren über die Presse im Zusammenhang darzustellen“ und eine „wissenschaftliche Diskussionsgrundlage zu schaffen“, wobei „Gesetzmäßigkeiten der journalistischen Entwicklung“ behauptet wurden (Budzislawski 1966: 9). Der Charakter eines Versuchs zeigt sich auch in der Konzeption des Texts, der eher unsystematisch 17 Kapitel unterschiedlicher Länge vereint: „Wir haben es hier nicht mit einer klar strukturierten, deduktiven Gliederung zu tun, sondern mit einer problemorientierten, induktiv-pragmatischen Darstellungsweise“ (Blaum 2002: 84f.). Dass Budzislawski das Buch trotzdem – und in diesem Rahmen – veröffentlichen wollte, könnte damit zusammenhängen, dass „seit langem die Frage erörtert [wird], ob es tatsächlich eine Wissenschaft von der Journalistik gäbe, die der Praxis durch die Ausarbeitung einer Theorie von wesentlichem Nutzen sein könnte“, wobei „die Notwendigkeit [...] mitunter heftig bestritten wird. Das Buch will zur Erkenntnis beitragen, dass Fortschritt nicht nur durch empirische Erfahrung erzielt wird, sondern weit gründlicher und vielleicht auch billiger durch die Anwendung theoretischer Lehren, die aus der Empirie abgeleitet sind“ (Budzislawski 1966: 9f.).



Budzislawski 1966

Budzislawski Plädoyer für die Theorie war hier also nun mit dem Argument der Nützlichkeit

verbunden, und es ging Hand in Hand mit einem Plädoyer für den ML, den er als die „Grundlage der wissenschaftlichen Journalistik“ als „unentbehrliche journalistische Fachdisziplin“ (ebd.: 53) bezeichnet. Wie in allen Gesellschaftswissenschaften gehe es um das Entdecken von Gesetzmäßigkeiten und den Aufbau des Sozialismus; speziell sei die Verbindung von Widerspiegelung und Aktualität die „wesensbestimmende Kategorie des Journalismus“ (ebd.: 49). Die Reizwörter ‚Widerspiegelung‘ und ‚Eigengesetzlichkeit‘ werden also durchaus noch erwähnt, aber sind kaum noch Schlüsselwörter für eine theoretische Positionierung. Ganz deutlich wird jedoch das Primat des Politischen hervorgehoben: die Presse und ihr „Wesen als politische Institution“, die Presse als eine „ausgesprochen politische Institution, politisch in einem direkten Sinne“, „klassenbedingt seit ihrem Entstehen“ und sie „erhält ihren Sinn durch die Lehren der Partei und ihre direkten Aufgabenstellungen“ (ebd.: 62, 73, 99, 103). Im Kontext der Argumentation wirken die Sätze allerdings teils wie Brüche, so als wären sie nachträglich erst eingefügt worden (20).

Budzislawski betont dann auch immer wieder das Prozesshafte der Theorie wie der Praxis – fordert für diese gar eine „neue Flexibilität“ ein: „Wir sprechen undogmatisch, jedoch unserer Klassenposition bewusst, mit Sozialdemokraten und Liberalen“ (ebd.: 112). Dieses tendenziell Undogmatische drückt sich im Buch mehrfach aus: In vielen durchaus positiven Verweisen auf bürgerliche Traditionen in Presse und Literatur; im Einfordern von Kritik am Journalismus, die er auch selbst mehrfach tätigt (vgl. ebd.: 145, 154f., 183f.), und nicht zuletzt durch recht vorsichtige, thesenartige Formulierungen, die den Willen zeigen, eine Diskussion anzustoßen (21). Deutlicher wird die Abwehr des Dogmatischen, wenn er schreibt, ihm graue es vorm „Versinken im journalistischen Bürokratismus“ (ebd.: 189) sowie vor solchen Journalisten, die er als „Abschreiber“ bezeichnet, die nicht bewerten und formulieren, sondern nur aus Reden oder Aufsätzen von Parteiführern übernehmen (ebd.: 54).

Mindestens ebenso deutlich aber zeigt sich in dem Band der politisch gewollte Wandel der DDR-Gesellschaftswissenschaften in den ausgehenden 1960er-Jahren. Die Journalistik bzw. die Wissenschaft allgemein wird hier nun als „Produktivkraft“ in die Gesellschaftstheorie des ML einsortiert. Die Soziologie erhält die Funktion der „empirischen Tatsachenermittlungen“ zugeschrieben; sie sollte also Ergebnisse erbringen, die die Realität des Sozialismus unterstützten. Der Kybernetik und dem damit zusammenhängenden Informationsbegriff, der sich in den 1970ern zum neuen, zentralen Konzept der Journalistik entwickeln sollte, ist schon hier ein ganzes Kapitel gewidmet (vgl. ebd.: 44, 63, 173ff.). Insofern markiert der Band Sozialistische Journalistik eher das Ende der ‚Ära‘ Budzislawski und seines theoretischen Ansatzes, als dass es einen Höhepunkt darstellte.

#### 6 Der Informationsbegriff als neues Konzept der Journalistik in den 1970er-Jahren

Die Skepsis gegenüber empirischen Forschungsmethoden war in der DDR generell recht verbreitet, gerade in der Journalistik aber hielt sie sich hartnäckig (vgl. Blaum 1985: 91, Röhr 2015, Halbach 2017). Durchaus als Kritik daran schrieb noch Budzislawski (1966: 64): „Heutzutage ist massenwirksame journalistische Tätigkeit ohne soziologische Untersuchung gar nicht möglich“. Diesbezüglich betonte er vor allem die „Notwendigkeit“ der Wirkungsforschung (vgl. ebd.: 156). Unbeliebt war die Wirkungsforschung ob ihrer potenziell unliebsamen Ergebnisse – gerade auch weil Publikumsbefragungen einer Kritik an der Popularität und Wirksamkeit der DDR-Presse Tür und Tor geöffnet hätten. Als Ende der 1960er-Jahre sich langsam die Idee der Meinungsforschung etablierte, sollte sie dann auch nichts mehr mit den Ideen Budzislawski gemein haben. Denn die „politische Sprengkraft“

seiner Auffassungen hatte gerade in der Orientierung auf den Medienkonsumenten gelegen.

Die Journalistik unternahm nach Budzislawski ein Programm der vermeintlichen ‚Verwissenschaftlichung‘, um die Rückstände zu den Natur- und Gesellschaftswissenschaften aufzuholen (22). Hintergrund für dieses Unternehmen waren die Erfordernisse der erwähnten wissenschaftlich-technischen Revolution und des damit zusammenhängenden ‚Neuen Ökonomischen Systems‘. Budzislawski schrieb schon davon, dass die Presse die Menschen „formen“ könne und müsse, die diesen Fortschritt in der Arbeit leisteten (vgl. Budzislawski 1963: 11). Wo er aber den Menschen noch mit seinen Bedürfnissen und Problemen in den Mittelpunkt stellen wollte, zielte der Produktivitätskurs im Journalismus darauf, die Bevölkerung auf den nötigen Informationsstand bringen zu können. Dieser Begriff ist hier Schlüssel, da er auf einen „Paradigmenwechsel in der Theorie“ hindeutet: der sich im Zuge der Konjunktur der Kybernetik herausbildende, neue Informationsbegriff (vgl. Poerschke 2010: 182). Nach Poerschke ist es dieser neue Informationsbegriff, der „die Weichen zur Optimierung journalistischer Massenbeeinflussung allein nach dem Maßstab parteipolitischer Interessen gestellt“ habe. An anderer Stelle erläutert er, dass dies nicht zu denken ist ohne die Ablösung der „Schule Budzislawski-Schmidt“, die Journalismus noch als Bewusstseinsform definierte, durch den Parteifunktionär Dusiska, unter dem Poerschke selbst den Informationsbegriff für die Journalistik fruchtbar machte: „Dusiska wusste von dem Thema gar nichts. Er ist dann ganz schnell auf diesen Zug aufgesprungen. Für ihn war das eine Chance, die Schule Budzislawski abzulösen. Er hat erkannt, dass der Informationsbegriff ein theoretischer Weg war, den Journalismus als Sprachrohr der Partei zu optimieren. Alles, was dort nicht einfach als Widerspiegelung definiert werden kann, sondern mit Blick auf den Adressaten bearbeitet wurde“ (Poerschke 2015). Diese ‚Verwissenschaftlichung‘ lief also auf eine neue Qualität der Praxisfixierung und letztlich eine Funktionswissenschaft hinaus.

Institutionelle Veränderungen trieben sie voran, nicht zuletzt die dritte Hochschulreform, die die Fakultät für Journalistik in den Jahren 1967 bis 1969 umsetzte (vgl. Blaum 1985: 88, Pasternack 2016: 21). Sinnbildlich dafür steht Dusiska selbst, als Direktor der neu gegründeten Sektion. Unter seiner Leitung erarbeite ein Autorenkollektiv das Wörterbuch der sozialistischen Journalistik, das als verbindliches Handbuch gedacht war und damit auch Budzislawskis Entwurf verdrängte. Dusiska hatte noch als Funktionär der Agitationskommission verkündete, für eine erfolgreiche Kommunikation bedürfe es „zuallererst“ der Menschenkenntnis, und man müsse die Wirkung bestimmter Argumentationen zunächst auf Erfolg testen, bevor man sie anwendet (vgl. Dusiska 1963: 93, 96). Die von ihm gewünschte Empirie war dementsprechend immer gekoppelt an das Ziel der ‚Bearbeitung‘ der Rezipienten (vgl. Poerschke 2015).

Das neue Verständnis von empirischer Forschung fand seinen Niederschlag in der Etablierung des Begriffs der Massenkommunikation, als deren bedeutendster Bereich der Journalismus angesehen wurde. Folgt man Dusiskas Wörterbuch, hat man sich Massenkommunikation als unidirektionalen Prozess vom Kommunikator zum Rezipienten vorzustellen. Sie ziele auf die



Emil Dusiska (links), 1967 Dekan der Fakultät für

Erzeugung bestimmter „Denk- und Verhaltensweisen“ und stelle einen „Prozess der Information“ dar, bei dem ein „durch die herrschenden Klassenverhältnisse geprägter sozialer Kontakt“ hergestellt werde (vgl. Autorenkollektiv 1973: 144f.). „Journalistische Information“ wird hier durch den Klassencharakter von der Kybernetik abgegrenzt, was zugleich auf die „politische und ideologische Führung“ per Informationspolitik hindeutet (vgl. ebd.: 100). Interessant ist die komplette Ausparung des Begriffs ‚Bewusstsein‘, was zum einen an der Schwierigkeit liegen mag, diesen Begriff in der Forschung operationalisierbar zu machen, wie es zum anderen darauf deutet, dass die Information weniger auf eine Änderung des Bewusstseins zielen sollte, als auf eine des Handelns (vgl. Blaum 1980: 148).

Die ‚Verwissenschaftlichung‘ fand ihren theoretischen Niederschlag wie erwähnt vor allem bei Hans Poerschke. Wenn auch bereits zuvor „Lenins Worte als eine Richtschnur“ galten, „an der selbst wissenschaftliche Arbeit zu messen ist“ (Weymann 1972: 18), so trieb dieser das auf die Spitze (23). Seine Texte stellen exemplarisch dar, was Pasternack (2016: 52f.) als „realsozialistische Scholastik“ bezeichnet, womit er einen Argumentationsstil meint, der keine Ungewissheit und kein Zögern kennt, sondern nur die Sicherheit des widerspruchsfreien Denkgebäudes (24). Charakteristikum dieses Stils ist das hohe Abstraktionsniveau, das das grundlegende ‚Vakuum‘ des ML im Kleinen, hier also im Rahmen der Journalistik, reproduzierte. Um dennoch zu handlungsrelevanten Konsequenzen zu gelangen, versuchte man sich gar nicht erst an einer potenziell gefährlichen theoretischen Synthese (wie es also Budzislowski und Schmidt taten), sondern nutzte das, was man mit Blaum (1980: 145) „voluntaristischer Sprung“ nennen kann: Vom Zitat der Klassiker ging man direkt zur Handlungsanweisung über. So schwanken die Texte oft „zwischen großzügig generalisierenden Feststellungen zum prinzipiellen Einfluss des Marxismus-Leninismus auf den sozialistischen Journalismus und detaillierten Schemata zur Anleitung journalistischer Tätigkeit“ (Blaum 1985: 107) (25). Solche wurde verstärkt ab den 1970er-Jahren als Kodex von ‚Prinzipien‘ bzw. ‚Grundprinzipien‘ verlautbart (vgl. ebd.: 102). ‚Verwissenschaftlichung‘ bedeutete also keineswegs Grundlagenforschung oder zusammenhängende Theorie – an dieser sollte es weiter mangeln (26).

## 7 Resümee

Die ‚Verwissenschaftlichung‘ zielte also nicht auf die Weiterentwicklung der Theorie des Journalismus, sondern orientierte die Journalistik entsprechend der Logik des ML an der Parteilinie – und offenbart damit deren ganze Widersprüchlichkeit: Eine gesteigerte ‚Wissenschaftlichkeit‘ meinte immer eine Politisierung, die die Gefährlichkeit, die Forschung auch innerhalb des Koordinatensystems des ML behielt, mindern sollte. Dass in den

Einzeldisziplinen und auch in der Journalistik bis dahin (und darüber hinaus) so etwas wie ‚Teilautonomie‘ bestand, hatte mehrere Gründe. Da war die Universitätstradition in Deutschland, die historisch verfestigten Strukturen, die nicht einfach so umzustülpen waren, und da waren die Ansprüche der jeweiligen Forscher, auch wirklich wissenschaftlich zu arbeiten. Nischen eröffneten auch die ‚harten‘ und ‚weichen‘ Wellen der ideologischen Regulierung je nach politischer Wetterlage und nicht zuletzt die jeweils spezifischen personellen und strukturellen Umstände in den Einzelwissenschaften. Die Journalistik war aufgrund des Berufsfelds der Absolventen zwangsläufig stark an die politische Logik gekoppelt; andererseits gab es kein Vorbild in der Sowjetunion und damit keine ‚fertigen‘ importierbaren Strukturen. Zudem verhinderte der Sozialdemokrat Budzislawski die schnelle Etablierung eines dogmatischen Forschungsverständnisses und legte stattdessen den Fokus auf die Ausbildung der Journalisten. Budzislawski als Dekan – und mit Abstrichen noch als Leiter des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit – war so zunächst eine Bastion gegen die Politisierung der Disziplin und sein Abgang gleichbedeutend mit dem Ende des auch mittels Theorie-Arbeit geführten Kampfes gegen Dogmatismus hier wie gegen ‚realsozialistische Scholastik‘ dort.

Meyen (2017) bilanziert: „Informationen unterdrücken, Informationen so zurechtbiegen, dass sie den eigenen Interessen dienen, eine Welt erfinden, die die eigenen Bürger für den Sozialismus begeistern soll und dem Westen keinen Angriffspunkt bietet: Mit Budzislawskis Widerspiegelungs-Theorie hatte das nichts zu tun“. Mit dieser Einschätzung hat er vielleicht insofern unrecht, als diese Theorie zweifellos so auf dem ML aufbaute, dass sie sich nicht völlig von dessen theoretischen wie praktischen Konsequenzen emanzipieren konnte – auch wenn diese sich dann gegen den eigenen Ansatz kehrten. Damit hat er aber insofern recht, dass Budzislawski sich mit seinem Ansatz für eine Eigenheit des Journalismus starkmachte, die zugleich Klassengrenzen überschritt und somit auch einen Horizont bot, hinter dem dieser sich einmal hätte demokratisieren können. Den Weg dahin sah er nicht als ausgemachte Sache, das Ziel aber als normative Verpflichtung an, was ihn abhebt von den Verkündern des immer ‚Richtigen‘ und jenen, denen der ‚voluntaristische Sprung‘ sowohl vom Abstrakten zum Konkreten als auch vom Normativen zum Faktischen nur allzu leicht gelang. Und wenn Budzislawski sich rhetorisch oft unklar zwischen diesen Polen bewegte, so deutete diese Unklarheit auch auf den Willen, den darin ausgedrückten Widerspruch nicht einfach einseitig aufzulösen: „Das reale Erkennen dieser Veränderungen, wie sie tagtäglich als immerwährender Prozess vor sich gehen, ist ein schwieriger Vorgang. Es gehört zur Erkenntnis des Neuen, dass wir es kontrastieren mit der Vergangenheit, die wir eben hinter uns lassen, und dass wir es in seinem Fortschritt messen an dem Bild der Zukunft, das der Marxismus-Leninismus uns zu geben vermag“ (Schmidt 2017).

Zur Schlussbetrachtung noch einmal zu den anfangs aufgestellten Thesen: Die erste, dass Budzislawski ein Grund dafür war, dass die Logik des Politischen sich in der Theoriebildung zuerst nicht durchsetzen konnte, kann zunächst durchaus als korrekt angesehen werden. Allerdings muss man hinzufügen, dass anfangs ‚Räume‘ auch dadurch entstanden, dass die vielen Änderungen auf der institutionellen Ebene, die einer Konsolidierung des Fachverständnisses zuarbeiteten, erst Stück für Stück greifen konnten; wie auch der mit dem fehlenden Vorbild in der Sowjetunion zusammenhängende ständige Wandel in den Lehrinhalten kaum die Durchsetzung einer reinen Dogmatik zuließ. So verfehlt es also wäre, die (ver)späte(te) Politisierung einer Person zuzuschreiben, so richtig ist es doch, dass gerade im Laufe der Jahre Budzislawski den Entwicklungen immer einsamer entgegenstand; so scheint es angebracht, in ihm einen entscheidenden Faktor dafür zu sehen, dass es

zumindest nicht früher zu einem größeren Einfluss der Dogmatiker kam. Dass es dazu kam, lag in der Logik des ML begründet, der politische Erfordernisse an Veränderungen methodologischer und theoretischer Art koppelt. Für seine Durchsetzung steht sinnbildlich die quasi ‚dialektische Einheit‘ von Dusiska und Poerschke.

Die zweite These, dass Budzislawskis Ansatz, zum Ende der 1960er-Jahre folgenlos im Archiv verschwand, trifft insofern zu, als dass der spezifische Ansatz der Widerspiegelung von Budzislawski bzw. Schmidt streng genommen schon mit seiner Fortschreibung bei dem Budzislawski-Schüler Willy Walther zur Mitte der 1960er-Jahre zu einem Ende kam. Was man aber noch als Weiterentwicklung ansehen kann, wird spätestens in den 1970er-Jahren komplett fallengelassen. Ob der Ansatz aber auch komplett folgenlos blieb, kann solange nicht beantwortet werden, bis man nicht systematisch die Lehrmaterialien untersucht hat – allerdings offenbarten erste Stichproben, dass Budzislawski in den 1970er-Jahren dort kaum, das Wörterbuch hingegen oft zitiert wurde (27).

Insgesamt wäre es verfehlt, bei einer Geschichte der DDR-Journalistik von einer monolithischen Institution auszugehen, die bloß Kader schmiedete, wie allein schon der Blick auf die Budzislawski-‚Ära‘ zeigt. Dass er „sich in seiner Argumentation auf das Koordinatensystem derer einstellte, die er zu überzeugen hoffte“ (Poerschke 2001: 138), darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass er ein „niemals in Gänze angepasste[r] Wissenschaftler“ (Schmidt 2017) war (28). So ist es gerade als seine Stärke zu sehen, dass er keine fertige Theorie entwickelte, sondern es bei einem Versuch beließ, die Spezifik des Journalismus innerhalb der ML-Koordinaten zu bestimmen: „Ihm gebührt [...] unstreitig das Verdienst, diese theoretisch, methodologisch und praktisch bedeutsame Fragestellung als erster [...] in der marxistischen Pressetheorie [...] aufgeworfen zu haben. Allerdings erfuhr dieses Problem seinerzeit keine Klärung, und in den nachfolgenden Jahren ist es aus verschiedenen [...] Gründen völlig vernachlässigt worden“ (Walther 1964a: 1026).

### Anmerkungen

- 1 „Die wesentlichen Elemente des dialektischen Materialismus stammen nicht von Marx, sondern gehen auf Engels und Lenin zurück“ (Weymann 1972: 12). Wichtig und gern zitiert sind der Anti-Dühring von jenem und Materialismus und Empiriokritizismus von diesem. Der Begriff selbst wurde von keinem der ‚Klassiker‘ verwendet.
- 2 Die Wissenschaft bewegte sich so statt im Verhältnis von Theorie und Empirie in einem von Theorie und gesellschaftlicher Praxis (vgl. Blaum 1980: 17f.)
- 3 Dass diese ML-Grundlagen ohne geistesgeschichtliche Vorbildung rezipierbar waren, deutet darauf, dass jene nicht auf die Befähigung zur Erkenntnis, sondern zum politischen Urteilen und Handeln zielten.
- 4 „Der ‚Amerikaner‘, Jahrgang 1901, brachte nicht nur einen Dokortitel mit (erworben 1923 in Tübingen), sondern die Aura eines berühmten und weitgereisten Journalisten. Er hatte für Ossietzkys Weltbühne geschrieben, im Exil die Neue Weltbühne geleitet und dann in den USA Karriere gemacht.“ (Meyen 2017)
- 5 Hermann Budzislawski, Memorandum über meine Ausgliederung aus der regulären Arbeit, Akademie der Künste, Berlin, Literaturarchiv, Bestand Hermann Budzislawski, Sig. 127/28 (zitiert nach Schemmert/Siemens 2013)
- 6 Die Vorkommnisse stehen auch im Zusammenhang mit der zu dieser Zeit stattfindenden Verfolgungskampagne gegen Westemigranten (vgl. Pürer 2017).
- 7 Die erste Generation des leitenden Personals, die „Gründer“, hatten sich durch ihre

- politische Aktivität verdient gemacht und recht wenig Ahnung von tatsächlicher Forschungsarbeit (vgl. Meyen/Wiedemann 2016, Halbach 2017).
- 8 Eildermann gab sicher auch deswegen recht bald seine Arbeit an der Fakultät auf: 1957 ging er an das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (vgl. Meyen 2017).
  - 9 Kontrolle wurde vor allem personell ausgeübt, durch Zuteilung von Studenten und der Ernennung der Professoren. Für die Lehrpläne wurden nur Schwerpunkte gesetzt – deren Kontrolle war nicht sehr strikt (vgl. Schemmert/Siemens 2013, Halbach 2017, Röhr 2015, Knipping 2017).
  - 10 Schulz und Eildermann hatten in der Sowjetunion gearbeitet, Budzislawski war zum Beispiel 1935 Gast des Schriftstellerverbandes in Moskau, und auch später ist der Kontakt zum ‚Mutterland‘ eng. Aber trotz häufiger Verweise auf diese Erfahrung in den Texten war die Tradition dort anders: Am sowjetischen Institut wurde eher philologisch gearbeitet, Zeitungen glichen politischen Zeitschriften und in theoretischen Fragen hinkte man Leipzig hinterher (vgl. Meyen 2017, Schmidt 2017, Halbach 2017).
  - 11 Gerade deshalb wird sich folgend stark auf Poerschke bezogen, da ihm als ehemals Involvierten gewisse Decodierungsfähigkeiten bezüglich der oft formelhaften, jargonlastigen Sprache unterstellt werden dürfen.
  - 12 Man nannte sie ‚Lehren aus Stalins Werk Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft‘.
  - 13 Während Eildermann nur eine schnellere, umfassender Art der Widerspiegelung ahistorisch ohne Zusammenhang zu gesellschaftlichen Bedingungen proklamierte, hoben Schmidt und Budzislawski die Besonderheiten hervor – vor allem die spezielle Hauptmethode (Information), bestimmte Eigenschaften (Aktualität, Kontinuität, Publizität, Universalität) sowie die Verwandtschaft mit der Literatur (vgl. Poerschke 2010: 171). Für Letztere machte sich Budzislawski seine komplette Laufbahn über stark (vgl. Röhl/Walther 1966: 18).
  - 14 Zuerst wurden sie dann von Willy Walther (1964b) veröffentlicht.
  - 15 Bereits in den 1950er-Jahren bildete diese zusammen mit studentischen Parteigruppen „eine regelrechte Kampfgemeinschaft, die die Fraktion Budzislawskis schwächen wollte“, die im wissenschaftlichen Ansatz von Budzislawski den Ursprung allen Übels sahen. So nahm der Druck auf den Flügel um diesen trotz des Abgangs von Eildermann im Jahr 1957 stetig zu (vgl. Schemmert/Siemens 2013).
  - 16 Diskussionsbeitrag des Stellvertreters des ersten Sekretärs der Universitätsparteileitung auf der Parteiversammlung vom 11. September 1961 (Poerschke 2010: 177).
  - 17 Ob die Einsicht taktischer oder inhaltlicher Natur war, ist nicht klar. Budzislawski jedenfalls wehrte sich gegen Anschuldigungen, während Schmidt Selbstkritik ablegte (vgl. Poerschke 2010: 179).
  - 18 Poerschke weist so darauf hin, dass Budzislawski bei seiner nächsten Rede auf der Konferenz der Journalistik-Fakultäten sozialistischer Länder in Warschau (1962) darauf verzichtete, über das Widerspiegelungsprinzip zu reden, während Schmidt als Wissenschaftler quasi komplett verstummte.
  - 19 Während in Moskau in den 1960er-Jahren ein Institut für empirische Meinungsforschung gegründet wurde und die Medienkonsumwünsche der Bürger durchaus Berücksichtigung fanden, setzten hier „Vertreter eines doktrinär-leninistischen Verlautbarungsjournalismus“ durch (Schemmert/Siemens 2013).
  - 20 Das ist recht spekulativ, aber blickt man ins Detail, erkennt man auch einige Verschiebungen: So bezieht sich Budzislawski im Buch neben der ML-Theorie auf die „Beschlüsse und Debatten der SED“ (Budzislawski 1966: 10) und nicht mehr wie zuvor – in

- allgemeinerer Formulierung – auf „Kampferfahrungen der Partei der Arbeiterklasse“ (Budzislawski 1964: 1023); und der gleiche Satz, der hier lautet: „Das dialektisch-historische Herangehen ist aber vor allem der Schlüssel für das Verständnis und die Popularisierung der Strategie und Taktik der Partei“ (Budzislawski 1966: 59), wurde zuvor noch abgeschlossen mit „Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterklasse“ (Budzislawski 1964: 1020). Man darf unterstellen, dass solche Abweichungen keine Zufälle darstellen.
- 21 Zudem verweist er auf Schmidt und den erwähnten Willy Walther, der den Widerspiegelungsansatz mit seiner Arbeit Journalistik und Philosophie (1964b) fortführte. Dort wurden auch erstmals die Thesen Budzislawskis veröffentlicht. Er hob vor allem die Aktualität als Besonderheit des Journalismus hervor, der also ‚das objektiv Aktuelle‘ widerspiegeln, wie seine speziellen Formen, die Genres.
  - 22 So forderte es der Zentralvorstand des VDJ in seinem Beschluss vom 16. Juni 1965 auf Grundlage der 4. Journalistenkonferenz und dem Gesetz über einheitliches sozialistisches Bildungswesen (vgl. Blaum 1985: 81).
  - 23 Folgerichtig nennt er Lenin auch seine „Zitatenwiese“ (Poerschke 2015).
  - 24 Wenn man Dusiska Vertreter des ‚Verlautbarungsjournalismus‘ nennt, dann ist Poerschke der ‚Verlautbarungsjournalistik‘.
  - 25 Und auch Poerschke (2015) muss im Rückblick zugeben: „Es gab nie einen Brückenschlag zwischen den theoretischen Grundlagen und dem Handwerk.“
  - 26 Im Verzeichnis der Lehrmaterialien finden sich unter ‚Theoretische Grundlagen des sozialistischen Journalismus/Allgemein‘ bis zum Wörterbuch nur zwei Konferenzbroschüren aus den 1960er-Jahren, die Röhr und Walther als wenig fundiert und Grundfragen nicht klärend charakterisierten (vgl. Röhr 2015, Walther 1964b: 89), sowie das Werk Willy Walthers. Darauf folgte der Titel Klassenauftrag und Prinzipien des kommunistischen Journalismus (1979) von Poerschke, der für die Analyse hier neben seinem früheren Text in Beiträge zum Begriff der gesellschaftlichen Information (1970) vor allem zurate gezogen wurde. Diese können freilich nicht für die komplette Textproduktion nach der Budzislawski-‚Ära‘ stehen, sollten aber als Werke eines – wenn nicht: des – entscheidenden Theoretikers zur Veranschaulichung einer Tendenz fungieren.
  - 27 So bezog Walther die Eigengesetzlichkeit nur auf Genres und blieb innerhalb der Klassengrenzen, wie er Widerspiegelung und politische Funktion zwar nicht gleichsetzte, aber als „zwei widerspruchlos sich verhaltende Seiten einer Sache“ behandelte (vgl. Poerschke 2010: 181).
  - 28 Dies ist wohl der Ursprung für die Fehlurteile, die zu Beginn erwähnt wurden: Die Begriffe und Konzepte des ML wurden verwendet – aber diese simple Feststellung ist für die Beurteilung der theoretischen Debatten entsprechend dem Charakter des ML nicht ausreichend. Von einer Namens- auf die Bedeutungsgleichheit zu schließen, zeigte sich ja gerade bei der ‚Widerspiegelung‘ als irrig.
  - Heinz Halbach: **Wir hatten Narrenfreiheit**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2017.

### Literaturangaben

- Autorenkollektiv: Wörterbuch der sozialistischen Journalistik. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1973.
- Verena Blaum: Marxismus-Leninismus, Massenkommunikation und Journalismus. Zum Gegenstand der Journalistikwissenschaft in der DDR. München: Minerva 1980.
- Verena Blaum: Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1985.

- Verena Blaum: Budzislawski: Sozialistische Journalistik. In: Christina Holtz-Bacha/Arnulf Kutsch (Hrsg.): Schlüsselwerke für die Kommunikationswissenschaft, S. 83-85. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002.
- Hermann Budzislawski: Die organisierende Funktion von Presse, Funk und Fernsehen bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes. In: Dietrich Schmidt/Fred Vorwerk (Hrsg.): Um das ‚Q‘ in der journalistischen Arbeit. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1963.
- Hermann Budzislawski: Einige Aspekte für die Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus in der Journalistik. In: Aktuelle Probleme sozialistischer Journalistik – Beiträge zum 10. Jahrestag der Fakultät für Journalistik. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1964.
- Hermann Budzislawski: Sozialistische Journalistik. Eine wissenschaftliche Einführung. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1966.
- Emil Dusiska: Ökonomie, Ideologie und Psychologie in der journalistischen Arbeit. In: Dietrich Schmidt/Fred Vorwerk (Hrsg.): Um das ‚Q‘ in der journalistischen Arbeit. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1963.
- Alexander Fischer: Gleichschaltung der Geschichtswissenschaft in der SBZ 45-49. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Geschichtswissenschaft in der DDR. Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik. Berlin: Duncker und Humblot 1990, S. 45-75.
- Heinz Halbach: **Wir hatten Narrenfreiheit**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2017.
- Jochen Jedraszcyk: Entideologisierung – Rekonstruktion – Re-Ideologisierung: Leipziger publizistik- und zeitungswissenschaftliche Einrichtungen 1945-1952. In: Erik Koenen (Hrsg.): Die Entdeckung der Kommunikationswissenschaft. 100 Jahre kommunikationswissenschaftliche Fachtradition in Leipzig: Von der Zeitungskunde zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2016, S. 185-213.
- Jochen Jedraszcyk: **Leipziger zeitungswissenschaftliche Einrichtungen 1945 bis 1952..** In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2017.
- Gerhard Jung/Hans Poerschke/Edmund Schulz: Beiträge zum Begriff der gesellschaftlichen Information. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1970.
- Georg Klaus/Manfred Buhr: Philosophisches Wörterbuch. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut 1965.
- Georg Klaus/Manfred Buhr: Philosophisches Wörterbuch. Berlin: Dietz 1976.
- Franz Knipping: **Dusiska hat an meinem Stuhl gesagt**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2017.
- Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis in der DDR. In: Clemens Burrichter (Hrsg.): Auf dem Weg zur ‚Produktivkraft Wissenschaft‘. Leipzig: Akademische Verlags-Anstalt 2002, S. 105-139.
- Michael Meyen: **Studieren im Roten Kloster**. Die Anfänge der Journalistenausbildung in der DDR. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2017.

- Michael Meyen/Thomas Wiedemann: Journalistik-Professoren in der DDR. Eine Kollektivbiografie. In: Erik Koenen (Hrsg.): Die Entdeckung der Kommunikationswissenschaft. 100 Jahre kommunikationswissenschaftliche Fachtradition in Leipzig: Von der Zeitungskunde zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2016, S. 214-245.
- Werner Michaelis: **Journalismus braucht Sprache**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2015.
- Peer Pasternack: Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem. Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990-2015). Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2016.
- Hans Poerschke: Anfänge marxistischer Journalistik – zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Parteikonzept. In: Volker Caysa/Helmut Seidel (Hrsg.): Universität im Aufbruch. Leipzig 1945–1956. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2001, S. 134-139.
- Hans Poerschke: **Ich habe gesucht**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2015.
- Hans Poerschke: Journalistik als Bewußtseinsform. Zum Werdegang eines theoretischen Ansatzes. In: Kultursoziologie, Nr. 2/2010, S. 159-185.
- Hans Poerschke/Edmund Schulz: Klassenauftrag und Prinzipien des kommunistischen Journalismus. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1979.
- Klaus Preisigke: **Wir waren ein Hort des Opportunismus**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann(Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2015.
- Heinz Pürer: **Zur Fachgeschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland**. Ein Streifzug von den Anfängen bis zur Gegenwart. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2017.
- Karl-Heinz Röhr/Willy Walther: Hermann Budzislawski. In: Karl-Marx-Universität Leipzig, Fakultät für Journalistik: Journalismus und Gesellschaft. Hermann Budzislawski zum 65. Geburtstag. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1966.
- Karl-Heinz Röhr: **Um Qualität geht es immer und überall**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2015.
- Jörn Rösen/Zdenek Vasicek: Geschichtswissenschaft zwischen Ideologie und Fachlichkeit. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Geschichtswissenschaft in der DDR. Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik. Berlin: Duncker und Humblot 1990, S. 307-332.
- Christian M. Schemmert/Daniel Siemens: Die Leipziger Journalistenausbildung im „Roten Kloster“ in der Ära Ulbricht. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 2/2013, S. 201-237.
- Siegfried Schmidt: **Hermann Budzislawski und die Leipziger Journalistik**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln: Herbert von Halem 2017.
- Willy Walther: Journalismus und Widerspiegelung. In: Aktuelle Probleme sozialistischer Journalistik – Beiträge zum 10. Jahrestag der Fakultät für Journalistik. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1964a.

- Willy Walther: *Journalistik und Philosophie. Methodologische und erkenntnistheoretische Probleme der Journalistik*. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1964b.
- Ansgar Weymann: *Gesellschaftswissenschaften und Marxismus. Zur methodologischen Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1972.
- Hans-Georg Wolf: *Geschichtswissenschaft im Rahmen der Gesellschaftswissenschaften*. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft in der DDR. Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik*. Berlin: Duncker und Humblot 1990, S. 179-254.
- Yassen Zassursky: **I Tried to Stop the Cold War Mentality**. In: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Eds.): *Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft*. Köln: Herbert von Halem 2016.

### **Empfohlene Zitierweise**

Christopher Wand: Ein Bollwerk gegen die Politisierung des „Roten Klosters“? Der Entwurf einer „sozialistischen Journalistik“ unter Hermann Budzislawski. In: Patrick Merziger (Hrsg.): *Sozialisten – Journalisten – Wissenschaftler? Die Geschichte der Leipziger Journalistik in der DDR*. Feature. *Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft*. Köln: Herbert von Halem 2020. [http://blexkom.halemverlag.de/christopher\\_wand/](http://blexkom.halemverlag.de/christopher_wand/) (Datum des Zugriffs).

### **Titelfoto: Budzislawski 1966**